Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: J. Steinbach, i. V., für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus, sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil: E. Kriesen in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank."

Nr. 634

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 11. September.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890

Politische Uebersicht.

Posen, 11. September.

Nicht uninteressant ist folgender Berliner Brief des „Hamb. Korr." zur Frage der Echtheit der Briefe der Kaiserin Augusta: „Wie wir zuverlässig erfahren, befand oder befindet man sich an maßgebender Stelle in der That über die Echtheit der Briefe im Ungewissen. Es ist, trotz des Widerspruchs einzelner Blätter und mag immerhin die „Tägl. Rundschau" in bestem Glauben und guter Absicht gehandelt haben, selbstverständlich, daß die Veröffentlichung unter allen Umständen Anstoß erregen mußte und zwar nicht sowohl des Inhalts der Briefe wegen, als weil die Veröffentlichung illegitim war. Nach gewiß begründeter Anschauung bedarf die Veröffentlichung von Aufzeichnungen von solcher Hand der Autorisation derjenigen Personen, welche zu allererst zur Wahrung des Andenkens der erlauchten Kaiserin berufen sind und sich berufen fühlen, und das Veröffentlichen der Hinterlassenschaft einer großen Todten an Schätzen des Geistes und Herzens darf nicht dem Belieben irgend einer Redaktion oder Privatperson, die zufällig oder rechtmäßig in den Besitz von Abschriften gekommen ist, anheimgegeben werden. Wäre die Form dieser Veröffentlichung für einwandsfrei zu erachten, so würde gewiß die Herkunft des Manuskriptes nicht im Dunkel gelassen worden sein. Die vorhergesehene günstige Wirkung der Briefe hebt in keiner Weise den verletzenden und zu unerfreulichen Erörterungen nöthigenden Mangel einer Befugniß zur Veröffentlichung auf.

Eine Zusammenkunft für das Großherzogthum Baden von Männern der Volkspartei und der freisinnigen Partei ist für nächsten Sonntag in Karlsruhe geplant. Es haben sich an die Verlautbarung dieser Absicht in der politisch-stillen Sommerzeit bei der gegnerischen Presse weitgehende politische Betrachtungen geknüpft. Dieselben sind durchaus unberechtigt. Eine Fusion der freisinnigen Partei mit der Volkspartei ist weder von der einen, noch von der anderen Seite geplant, und zwar ebensowenig für die Parteien im ganzen, wie für das Großherzogthum Baden. Es kann sich also von vornherein nur darum handeln, in wie weit unter Wahrung der Selbständigkeit jeder Partei organisatorische Maßnahmen zu treffen sind im gemeinsamen Wahlinteresse. Auch in dieser Beziehung dürfte nach allem, was wir sowohl aus der Volkspartei als aus der freisinnigen Partei im Großherzogthum Baden erfahren haben, eine Organisation für Baden mit einheitlicher Spitze oder in gemeinschaftlichen Vereinen ausgeschlossen sein, weil man mit Recht geltend macht, daß gemischte Organisationen weder die Vorzüge der Volkspartei, noch diejenigen der freisinnigen Partei haben würden und im gegebenen Falle immer erst eine Entscheidung herbeiführen müßten, ob man einen Kandidaten der Volkspartei oder einen solchen der freisinnigen Partei aufstellen soll. Es kann sich also in Karlsruhe nur darum handeln, näher zu erörtern, wie die Volkspartei einerseits und die freisinnige Partei andererseits bei den Wahlen im Großherzogthum Baden in ein gewisses Kartellverhältniß auch für die Zukunft zu treten haben. Ein solches Kartellverhältniß hat bekanntlich schon bei den letzten Reichstagswahlen bestanden, und ist es auch als durch die Natur der Dinge als ausgeschlossen anzusehen, daß dort etwa in einem Wahlkreise besondere Kandidaten der Volkspartei und der freisinnigen Partei aufgestellt werden. Es läßt sich aber für den Fall von Neuwahlen oder einer Ersatzwahl durch persönliche Besprechung manches im Voraus erledigen, was sonst erst einer umständlichen brieflichen Erörterung bedarf. Dazu wird die Zusammenkunft in Karlsruhe einen geeigneten Anlaß bieten. Es dürfte auch die Frage zur Sprache kommen, wie man sich gegenseitig im Großherzogthum Baden durch Redner unterstützen kann. Es mag ja nicht ausgeschlossen sein, daß in der Zukunft noch engere Beziehungen zwischen der Volkspartei und der freisinnigen Partei eintreten. Alsdann wird zur Formulirung derselben naturgemäß die Initiative auszugehen haben von der Zentralleitung der Volkspartei in Stuttgart oder der Zentralleitung der freisinnigen Partei in Berlin.

Ueber die traurige Lage der Juden in Rußland, gegen die nach leider kaum noch zu bezweifelnden Meldungen die russische Regierung neue Willkürmaßnahmen oder doch zum mindesten die Wiederanwendung längst außer Kraft getretener drakonischer Bestimmungen aus der Zeit des Kaisers Nikolaus plant, giebt der bekannte französische Schriftsteller Leroy-Beaulieu, der die betreffenden Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, im „Journal des Débats" eine beredte Darstellung, der wir Folgendes entnehmen:

„Was die russischen Juden bedroht, ist nicht religiöser Fanatismus, sondern vielmehr Rassen-Antipathie, nationales Mißtrauen; wenn dasselbe dort eine konfessionelle Form annimmt, so kommt das daher, weil die Geschichte für die meisten Russen aus dem orthodoxen Glauben den Hauptfaktor der russischen Nationalität bildet. Der nationale Drang, welcher von Moskau aus alle Völkerschaften fremder Herkunft bedroht, belastet besonders die Semiten, die zu gleicher Zeit dem abergläubischen Hasse des Volkes und dem Geschäftsneid ausgesetzt sind. Unter allen Völkerschaften des großen Rußlands giebts nichts elenderes, nichts, das mühevoller sein Stück Brot verdient, als die neun Zehntel der russischen Juden, denn sie sind zu zahlreich auf zu engem Boden, haben keine Abzugsquellen für ihre Thätigkeit, und die ehrenvollsten und einträglichsten Erwerbszweige bleiben ihnen verschlossen. Das erste die Juden betreffende Gesetz schließt sie ein in den westlichen Provinzen wie in einem Riesenghetto. Unter dem milden Kaiser Alexander II. ist die Strenge der Gesetze über das Aufenthaltsrecht gemildert worden. Die Juden, welche im Besitz von Universitätszeugnissen waren, die Kaufleute erster Gilde, die Handwerker durften im Innern des Reiches wohnen; außerdem hatte man sie geduldet in den Hafenstädten Riga, Libau u. s. w. Alle diese sogenannten Eindringlinge sollen nun aus den Provinzen, wo sie Aufnahme gefunden, verbannt und in das westliche Ghetto zurückgedrängt werden. Eine Million Seelen stößt dort an den Thoren Litthauens und Kleinrußlands, die ihr zum Wohnort angewiesen werden, auf ebenso große und zahlreiche Züge von Vertriebenen, die aus den Dörfern des Westens verjagt werden, denn auch im Westen dürfen die Juden nicht außerhalb der Städte wohnen. Die Duldsamkeit Kaiser Alexanders II. hatte auch hierin Nachsicht geübt, viele hatten sich in den Dörfern und Vororten niedergelassen. Heute sollen alle in den Landdistrikten wohnenden Juden gezwungen werden, in die Städte zurückzukehren, und um das Maß des Elends voll zu machen, werden viele Städte zu Marktflecken gemacht, damit diese den Juden ihre Thore verschließen. Der Kaiser Nikolaus hatte den Juden verboten, sich weniger als 50 Werst von der Grenze niederzulassen. Unter Alexander II. war dieses Gesetz außer Kraft getreten, an der österreichischen Grenze ist es wieder in Anwendung gebracht, es soll auch an der preußischen geschehen, und zwar soll die untersagte Zone von 50 auf 100 Werst ausgedehnt werden. Es wären dies 2--300 000 Seelen, die ihren Heerd verlassen müßten, um sich auf die inneren Städte zurückzuziehen. Nun aber ist Rußland arm an großen Städten. Wo sollen nun die Millionen Einwanderer Aufnahme finden? Rußland wirft seinen jüdischen Unterthanen vor, daß sie in einem vornehmlich auf Ackerbau angewiesenen Staat sich nicht mit der Landwirthschaft befassen, aber die russische Regierung untersagt ihnen den Ankauf und die Pachtung des Bodens und weist sie aus den ländlichen Ortschaften aus; es wirft ihnen nicht immer ohne Grund vor, daß sie sich in ihren talmudischen Traditionen einschließen, um inmitten der Slawen ein fremdes Volk zu bilden, verschließt aber ihren jungen Leuten den Zutritt zu den Schulen, den Universitäten und drängt und pfercht sie selbst zu einem Knäuel in engen Bezirken zusammen. Noch mehrere Ausnahmegesetze werden gegen die Juden geplant; Rußland bietet der zivilisirten Welt ein trauriges Schauspiel unerhörter Härte. Das 19. Jahrhundert steht schamroth vor diesen geplanten Unterdrückungsgesetzen.

Auf dem internationalen Sozialkongresse in Lüttich, über den wir wiederholt berichtet haben, und der eine eigenthümliche ultramontane Färbung aufweist, geht es nach den Berichten der „Indépendance Belge" recht lebhaft zu. Insbesondere gestatten sich die Franzosen allerlei Extravaganzen, sodaß es zuweilen schwierig wird, diese ultramontanen Sozialisten von den in der Wolle gefärbten Sozialdemokraten zu unterscheiden. Das erwähnte belgische Blatt hebt denn auch hervor, wie einige Aeußerungen des Abbe de Pascale jedenfalls die volle Billigung des Sozialistenorgans „Voornit" finden würden. Bei der Erörterung über die Arbeitszeit der Erwachsenen apostrophirte der Abbe die leitenden Klassen, denen er drohend zurief: „Nehmen Sie sich in Acht, das, was Sie jetzt verweigern, wird man später mit Gewalt nehmen, das Volk wird seine schwarze Fahne (!) aufpflanzen mit der bekannten Aufschrift: „Arbeitend leben oder kämpfend sterben!" und dann wird man uns Priester finden, wie wir für die Unglücklichen beten, die auf den Barrikaden sterben, während wir noch unglücklicher sind, weil wir nicht eine Gesellschaft vertheidigen können, welche nicht zu leben verdient, da sie ihre Kinder nicht leben zu lassen vermochte." Im Hinblick auf diese anarchistisch angehauchte Rede läßt sich erkennen, welche Resultate dieser katholisch-internationale Sozialkongreß haben wird. Abbe Winterer betonte denn auch, daß die Diskussion sich in reine Theorien verliere. Aus Lüttich wird der „Magd. Ztg." telegraphirt, daß die gestrigen Verhandlungen über den Maximalarbeitstag durch die Reden der Franzosen derart verschärft wurden, daß Bischof Korum den Saal zu verlassen drohte.

Ein bedeutungsvoller Arbeiterkongreß hat in der letzten Woche in Liverpool stattgefunden. Es handelte sich um den 23. Jahreskongreß der alten englischen Gewerkvereine (Trades Unions), der diesmal eine besondere Bedeutung dadurch erhielt, daß sich an demselben auch die seit dem vorjährigen Streik der Londoner Dockarbeiter neugegründeten Gewerkvereine der ungelernten Arbeiter betheiligten. Während die alten Gewerkvereine auf wirthschaftlichem Gebiete mehr der Selbsthilfe huldigten und auf politischem Gebiete den alten politischen Parteien Heeresfolge leisteten, sind die neuen Gewerkvereine mehr oder weniger sozialistisch angehaucht und dringen auf eine neue Arbeiterpolitik, die sich auf politischem Gebiet durch die Gründung einer selbständigen politischen Arbeiterpartei, auf wirthschaftlichem durch einen scharfen Appell an die sozialpolitische Gesetzgebung bethätigen soll. Zwei Fragen, nämlich den gesetzlichen Achtstundentag für alle Gewerke und die Nichtduldung von Arbeitern, welche außerhalb der Gewerkvereine stehen, hat die neue Richtung auf ihre Fahne geschrieben. Es ist daher erklärlich, daß man in England dem Liverpooler Kongreß mit allseitiger Spannung entgegensah. Mußte sich auf demselben doch zeigen, ob und wieweit sich die alten Gewerkvereine von der neuen Richtung ins Schlepptau nehmen lassen würden. Nun wußte man zwar schon von den letzten Gewerkvereinskongressen her, daß selbst in den alten Gewerkvereinen seit etwa drei Jahren ein anderer Wind zu wehen anfange, aber der letzte Liverpooler Kongreß hat gezeigt, daß die britischen Gewerkvereine auf anscheinend unaufhaltsamem Fortschritt zur extremen Staatshilfe bezw. zum Sozialismus hin begriffen sind. Während noch auf dem vorjährigen Kongreß der gesetzliche Achtstundentag nur für die Bergleute einhellig anerkannt, der allgemeine Achtstundentag für alle Gewerke aber unter Hinweis auf die „Selbsthilfe", d. h. auf die freie Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern, verworfen wurde, ist diesmal mit 193 gegen 155 Stimmen die Nothwendigkeit des gesetzlichen Achtstundentages für alle Gewerke beschlossen worden. Während ferner noch im vorigen Jahre das parlamentarische Komite der alten Gewerkvereine die Beschickung des internationalen Pariser Sozialisten-Kongresses zu hintertreiben suchte, ist dies Mal nicht allein die Nothwendigkeit einer internationalen Arbeiterorganisation anerkannt, sondern auch die Einladung der belgischen Arbeiter-Partei für den im nächsten Jahre in Brüssel stattfindenden internationalen Arbeiter-Kongreß angenommen worden. Außerdem ist an Stelle des Herrn Broachhurst, der weder von dem gesetzlichen Achtstundentag, noch von einer Interessen-Solidarität mit der festländischen Arbeiterschaft etwas wissen wollte, der sozialistische Vertreter der Bergarbeiter, Femrick, der schon voriges Jahr auf den Pariser Kongressen und auf dem letzten internationalen Bergarbeiterkongreß in Jolimont eine Rolle spielte, zum Sekretär des parlamentarischen Komites der Gewerkvereine gewählt worden. Diese letzten Beschlüsse beweisen, daß der Geist des Sozialismus mehr und mehr in die englischen Gewerkvereine eindringt. Zudem ist auch der bekannte John Burns in das parlamentarische Komite gewählt worden.

Deutschland.

Berlin, 10. Sept. Die Berliner Sozialdemokraten bestehen darauf, daß das Programm der Partei schon in diesem Jahre seine neue Fassung erhalte, und daß mit der Revision nicht bis zum nächsten Jahre gewartet werde. Obgleich sie dabei den Beschluß des St. Gallener Kongresses für sich haben, soll die Reichstagsfraktion sich dem Verlangen entschieden widersetzen. Die Aenderungen, welche verlangt werden, sind vielfältig und weittragend. Daß die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe fallen, scheint ausgemacht zu sein und von keiner Seite Widerspruch zu finden. Historisch falsch ist, wenn behauptet wird, daß die Produktivgenossenschaften 1875 lediglich ein widerwilliges Geständniß an die Lassalleaner gewesen seien. Sie sind ohne viel Widerspruch in Gotha durchgegangen, und man hat gemeint, in ihnen das organische Bindeglied zwischen der heutigen und der sozialistischen Produktionsordnung zu haben. Die Fassung: „Diese Produktivgenossenschaften sind in der Industrie und Landwirthschaft in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Gesellschaft der Zukunft hervorwachsen kann", ist klarer Beweis hierfür. Das aktive und passive Wahlrecht der Frauen wird gleichfalls verlangt, die Fraktion wird dieser Forderung auch inhaltlich nicht widersprechen. Wie es aber mit der Frage der industriellen Frauenarbeit steht, weiß man noch nicht. Immer noch geht die Tendenz dahin, die Frauenarbeit möglichst einzudämmen, sei es durch direktes Verbot, sei es durch indirekt dieselbe Wirkung erzielende Beschränkungen, und insbesondere hat die neuerdings beliebte Forderungen des gleichen Lohnes für Mann und Frau indirekt die Folge, die Frauen aus der Industrie hinaus zu schaffen. Denn offenbar würde im Falle der gesetzlichen Feststellung des gleichen Lohnes (falls sie nämlich möglich wäre) der Unternehmer statt des weiblichen Arbeiters den männlichen, der nicht theurer, aber leistungsfähiger ist, einstellen. In Folge der ablehnenden Haltung der Fraktion gegen die Revision im gegenwärtigen Zeitpunkte wird die Diskussion über diesen Punkt wohl vertagt und damit verlängert werden. Zahlreiche Forderungen, welche das bisherige Programm als grundsätzliche sozialistische erst an den Zukunftsstaat stellt, wünscht die jüngere Generation bereits an den gegenwärtigen Staat zu

stellen. Dabei wird ein wenig weit gegangen, z. B. was die Forderung der Rechtsprechung durch das Volk (!) angeht. Die Religion als Privatsache wird man sicher nicht streichen, sie aber wohl unter die Forderungen an den heutigen Staat aufnehmen. Es ist wahrscheinlich, daß die weitgehenden Abänderungsvorschläge alsbald gedruckt und dann an alle Delegirte zum Kongreß versandt werden. — — Aus **Apolda** wird der **Kandidatur Mangner für den Bürgermeisterposten** nun widersprochen — von sozialdemokratischer Seite. Wir haben die Richtigkeit der uns aus Apolda zugegangenen Nachricht natürlich nicht prüfen können, und wir können den Widerspruch ebenfalls nicht prüfen. Es wäre übrigens auffallend, wenn bei dem Streit, der die Sozialdemokratie allerorten durchzieht, Apolda allein unverschont bleiben sollte. Herr Z. A. Reichelt, wiederholt schon sozialdemokratischer Reichstagskandidat, behauptet, die Nachricht sei erfunden gewesen, um Apolda zu kompromittiren. Der eine Sozialdemokrat nennt die Kandidatur des andern Sozialdemokraten für einen Posten, eine Kompromittirung der betreffenden Stadt. Uebrigens ist die Angabe eines hiesigen Blattes, an amtlicher Stelle sei von der Kandidatur Mangner noch nichts bekannt, sicher richtig. Denn in Apolda wird die Wahl des Bürgermeisters durch öffentliche Urabstimmung vollzogen, und die amtlichen Stellen erfahren von den „Bewerbungen" erst durch die Abstimmung selbst etwas. — — Herr **v. Forckenbeck** ist noch nicht bestätigt, wie die „Berl. Ztg." heute von informirter Seite mitzutheilen weiß. Die Nachricht über die Bestätigung hatte den verdächtigen Zusatz, daß der Oberpräsident v. Achenbach Herrn v. Forckenbeck wegen seines hohen Alters abgelehnt habe. Der wahre Grund der Anfeindung unseres Oberbürgermeisters war ein anderer, und es wird sich finden, ob diese von ganz anderer Seite kommende Anfeindung ihren Zweck erreicht oder nicht.

— Der **Kaiser** ist heute früh 7½ Uhr in Charlottenburg eingetroffen. Von dort aus setzte alsdann der Kaiser mit der Kaiserin die Reise zu den Manövern des 5. und 6. Armee-Korps nach Schlesien fort und trifft um 2 Uhr 5 Minuten auf dem Oberschlesischen Bahnhofe in **Breslau** ein, woselbst bei der Ankunft auf dem Bahnhofe großer militärischer Empfang stattfindet. Am Nachmittage um 5 Uhr wird der Kaiser einer Einladung des Offizier-Korps des Leib-Kürassier-Regiments Großer Kurfürst (Schles.) Nr. 1 zur Tafel entsprechen, während um 5½ Uhr bei der Kaiserin im königlichen Schlosse Familientafel stattfindet. Abends 8½ Uhr ist seitens der Provinz Schlesien eine größere Abendfestlichkeit im Ständehause vorbereitet.

— Bei der Besichtigung des von H. Sauermann in **Flensburg** im dortigen Rathhaus hergerichteten „**Alt-Flensburger Zimmer**" that der **Kaiser** dem Künstler gegenüber folgende bemerkenswerthe Aeußerung: „Die Tradition und die Fertigkeit in der Herstellung solcher Arbeiten muß sich doch sicher hier im Lande lange erhalten haben, und es scheint, als ob die Folgen des 30jährigen Krieges wenig Einfluß auf diese Thätigkeit ausübten. Es wäre wünschenswerth, daß diese Tradition, die sich hier in so vielen schönen, alten einheimischen Sachen kundgiebt, auch weiter geführt würde, da doch in diesem Volksstamme ersichtliches Talent für solche Thätigkeit vorhanden ist. Ich höre, Sie richten hier eine Schnitzschule ein, die solche Bestrebungen auch begünstigen kann."

— Der **Evangelische Oberkirchenrath** hat den in diesem Herbste zusammentretenden **Provinzial-Synoden** zwei Vorlagen zur Berathung überwiesen. Die erste betrifft Abänderungen des Kirchengesetzes vom 15. Juli 1889 über die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen; die zweite betrifft die Regelung der Sterbe- und Gnadenzeit bei Pfarrstellen. Erstere ist nur für die Provinzial-Synoden der sieben östlichen Provinzen bestimmt, während die zweite Vorlage sämmtlichen Provinzial-Synoden der neun älteren Provinzen zugegangen ist.

— Der Gesandte der Vereinigten Staaten am Berliner Hofe, **Phelps**, welcher am 13. d. Mts. mit der „Elbe" nach den Vereinigten Staaten reist, hat dem Berliner Berichterstatter des „**N. Y. Herald**" erklärt, daß er nicht, wie einige amerikanische Blätter gemeldet haben, als Kandidat für den Kongreß auftreten wolle; er werde so lange in Berlin bleiben, als Präsident Harrison ihn brauche.

„Wenigstens", fügte Herr Phelps hinzu, „will ich nicht aus Berlin hinaus, ehe das amerikanische Schwein hereinkommt." Die Aussichten hierfür seien gut, nicht wegen der Mac Kinley-Bill, da Deutschland sich durch Drohungen nicht einschüchtern lasse, „mit oder ohne Bismarck, Deutschland ändert sich in dieser Beziehung nicht." Im Uebrigen sei das Gesetz weise und er begreife nicht, warum man ein solches nicht schon früher angenommen habe; er erwarte von demselben die größten Resultate, da keine fremde Regierung glauben könne, daß Amerika ihr Privilegien geben werde, welche sie den Amerikanern „willkürlich" nehme. Das deutsche Schweinefleisch habe 150 Mark für 100 Kilo gekostet, während amerikanisches den Zoll zahle und doch noch für 80 Mark verkauft werden könne; Schweinefleisch werde aus anderen Ländern eingeführt und erziele hohe Preise, ohne so gut wie das amerikanische zu sein; so lange amerikanisches Schweinefleisch eingeführt worden sei, habe man nicht einen Fall von Krankheit wahrnehmen können.

— Die Frage der **Aufhebung des Identitätsnachweises** wird in dem Jahresbericht des **Vorsteheramts der Kaufmannschaft zu Danzig** bei Besprechung des Verlaufs des Getreidegeschäfts im Jahre 1889 folgendermaßen erörtert:

„Für unseren Getreidehandel lagen die Verhältnisse wesentlich ungünstiger als i. J. 1888. Unsere Zufuhren waren 1889 um reichlich 155 000 Tons, d. i. nicht weniger als 41 Proz., kleiner als im Vorjahre. Sie entstammten größtentheils noch den beträchtlichen Vorräthen, welche aus der sehr reichen 1888er Ernte Rußlands übrig geblieben waren und erst 1889 an den Markt kamen. Denn die 1889er Ernte war gerade in denjenigen Produktionsgebieten unseres Nachbarlandes, welche für den Export über Danzig vorzugsweise in Betracht kommen, in Südwest-Rußland und Polen, eine sehr dürftige; und was Westpreußen angeht, so ist hier, nachdem schon 1888 die Ernte eine mangelhafte gewesen war, wohl seit reichlich drei Jahrzehnten kaum eine schlechtere Getreideernte erlebt worden, als i. J. 1889. Rußland hat aus seinen Ueberschüssen auch im vergangenen Jahre mit Hilfe der großen Bestände aus der 1888er Ernte noch mehr als 7 Millionen Tonnen Getreide über seine europäischen Grenzen ausgeführt; immer war aber doch seine Getreideausfuhr um reichlich eine Million Tonnen geringer als 1888, und hiervon sind unter der Einwirkung der russischen Eisenbahntarifpolitik ganz besonders die Ausfuhrwege über die westl. Landgrenze und die beiden preußischen Häfen **Königsberg** und **Danzig**, in einem verhältnißmäßig viel geringeren Grade die russischen Exporthäfen betroffen worden, — im Verkehr nach England sowohl als auch nach West- und Süddeutschland. In dieser Hinsicht wäre die **Lage der beiden deutschen Häfen eine minder ungünstige** gewesen, wenn im Transitverkehr mit russischem Getreide nicht die **Identität** festgehalten werden müßte, unser Handel vielmehr — wie es vor Einführung der hohen Getreidezölle geschah — das ihm zugeführte Getreide, unbekümmert um dessen inländische oder ausländische Herkunft, lediglich nach seiner Güte und Beschaffenheit und den besonderen Anforderungen der verschiedenen Absatzmärkte mischen und austauschen und so jedes Mal demjenigen Markte zuführen könnte, wo es wegen seiner besonderen Eigenschaften am meisten begehrt und daher auch am besten bezahlt wird. Durch die geltenden Bestimmungen des deutschen Zolltarifgesetzes ist leider dem Verkehr mit inländischem und ausländischem Getreide eine Zwangsroute vorgeschrieben, welche den Handel in der sachgemäßen Verwendung seiner Waare beschränkt und hindert und unseren inländischen Getreidebau von seinen früheren guten Absatzmärkten in Skandinavien und England ausgeschlossen hat. Danzigs Getreidehandel hat damit — und zwar ohne Zweifel auch zum großen Schaden der westpreußischen Landwirthschaft — in der Konkurrenz mit den russischen Ausfuhrhäfen an der Ostsee und am Schwarzen und Asowschen Meer den immerhin erheblichen Vortheil eingebüßt, welchen ihm früher die Mannigfaltigkeit seiner Zufuhren inländischer und ausländischer Herkunft gewährte. Dies ist besonders auch im Verlauf des vorjährigen Getreidegeschäfts vielfach bemerkt worden.

— **Kolonialdebatten** stehen dem Reichstag auch in nächster Session wieder bevor. Es gilt als wahrscheinlich, daß auch die bisher vorgelegten Weißbücher über die afrikanischen Kolonien noch eine Fortsetzung erfahren werden. Nach Abschluß des deutsch-englischen Vertrages verlautete regierungsseitig, daß man bezüglich der Neugestaltung der Dinge feste Organisationen beschließen wollte; seitdem haben darüber wohl allgemeine Erörterungen stattgefunden, doch hat man weitere Entschließungen von Berathungen abhängig gemacht, welche im Herbst stattfinden sollten. Allem Anschein nach wird es sich einerseits um Verwaltungsmaßregeln, andererseits um Beschlüsse handeln, welche dem Handel und Verkehr in den Schutzgebieten gelten.

— Der **südthüringer Kriegerbund**, ein Bezirk des deutschen Kriegerbundes mit dem Sitz in Meiningen, hat nach dem „Berl. Tgbl." vor einigen Wochen den Militärverein Steinach, dessen Mitglieder bei der letzten Reichstagswahl angeblich stark für den sozialistischen Kandidaten agitirt haben sollen, aus seinen Listen gestrichen. Darauf hat sich dieser Verein bei dem Sonneberger Bezirk des deutschen Kriegerbundes zur Aufnahme gemeldet, und letztere scheint auch gesichert, wenn eine vom südthüringer Kriegerbund gestellte Bedingung erfüllt wird. Die Mitglieder des betreffenden Vereins sollen nämlich vorher eine **schriftliche Erklärung** abgeben, daß sie keine **Sozialdemokraten** sind!

— Für die **größtmöglichste Redefreiheit** nach Ablauf des Sozialistengesetzes in den sozialdemokratischen Versammlungen tritt die „**Post**" in einem Leitartikel ein. Das Blatt schreibt: Wir rechnen mit aller Sicherheit darauf, daß die nahezu ungehemmte Freiheit der Versammlungen eines der besten Mittel zur Katharsis, zur Reinigung der Leidenschaften auch durch die Lektüre der Volksversammlungsberichte werden kann. In Frankreich — wir sprechen allerdings vom Frankreich der dritten Republik — sagt man: Mag im Saale Mord und Todtschlag gepredigt werden, wenn die Masse nur innerhalb des Gesetzes bleibt, sobald sie auf die Straße kommt; sobald die leiseste Ausschreitung sich auf der Straße zeigt, muß dreingeschlagen werden. Mit dieser Regel, die wirklich aus der Natur des hier in Betracht kommenden Subjekts geschöpft ist, hat man in Frankreich erreicht, daß der revolutionäre Sozialismus eine kleine, beinahe lächerliche Sekte geworden ist . . . . Terrorismus und Tumult werden in allen diesen Versammlungen herrschen, wo sie nicht herrschen, wo es zur ruhigen Darlegung ausgedachter Gedanken kommt, da werden die Früchte um so besser sein, sowohl für die angegriffene Gesellschaft, als für die Sozialisten. „Nur nicht ängstlich" muß die Losung für die Handhabung des Versammlungsrechtes werden." Diese Ausführungen der „Post" sind die schärfsten Argumente gegen das Sozialistengesetz überhaupt.

— **Polizeilich aufgelöst** auf Grund des Sozialistengesetzes wurde die am Dienstag Abend in der Brauerei „Königstadt" tagende Versammlung des **sozialdemokratischen Wahlvereins für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis**. Kaufmann Albert Auerbach hatte über das sozialistische Programm gesprochen. Nach Beendigung des Vortrags forderte der Vorsitzende Diejenigen auf, welche für den Verein etwas zu spenden gesonnen, dies am Vorstandstisch zu thun; eine offizielle Tellersammlung sei nicht genehmigt worden. Ein Anwesender legte einen Beitrag auf den Tisch. Der überwachende Polizeibeamte erhob sich: „Wenn das noch einmal vorkommt, löse ich die Versammlung auf!" — Vorsitzender: „In diesem Punkt hat uns die Polizei nichts zu sagen!" Hierauf erfolgte die Auflösung der Versammlung.

— Das **Hinterland Kameruns**, das fast noch ganz unbekannte Gebiet zwischen dem französischen Kongo und dem deutschen Kamerungebiet, von dem es vor kurzem hieß, es wäre an Frankreich abgetreten, wird jetzt zum **Gegenstande eingehender Forschungen von französischer Seite** gemacht. Drei französische Expeditionen sind unterwegs oder in Vorbereitung, um das Land

---

Die Familientante.

Ein Lebensbild von C. Schottler.

(Nachdruck verboten.)

Ob Tantchen Christiane auch einmal jung gewesen? Nach den Naturgesetzen ist es wohl anzunehmen. Aber denen, die sie kannten, schien es fast unglaublich, daß das runzelige alte Jüngferchen mit der blendend weißen Haube und dem Changeant-Seidenkleide, das sie bei allen feierlichen Gelegenheiten trug, einmal ein junges Mädchen gewesen sein könnte. Sie selbst besann sich selten darauf. Und doch war es vorgekommen, daß Mizi, die graue Katze, die auch Keiner jung gesehen, erstaunt ihre schläfrig blinzenden Augen auf die Herrin richtete, weil deren Lippen einen langsamen Lannerwalzer summten und dabei die Füße in den großen Filzpantoffeln auf dem Schemel im Takte dazu trommelten. Mizi nahm das sehr übel; sie war gewöhnt, daß die Nadeln ohne musikalische Begleitung ihren Tanz um den Faden tanzten.

Arbeit war stets genug vorhanden, daß Letzterer keine Unterbrechung erlitt. Wollten doch alle die großen Karls und Fritze mit gewaltigen Socken und die kleinen Karlchen und Fritzchen mit handgroßen Babystrümpfchen versorgt sein. Brüdern, Schwägern, Neffen und Nichten, ihnen allen half Tante Christiane auf die Socken.

Sie war die älteste von vierzehn leiblichen Geschwistern. Fünf Brüder und acht Schwestern waren nach ihr geboren worden, kräftige Jungen und hübsche, theilweise schöne Mädchen. Christiane, die Erstgeborene, war nicht schön, nicht häßlich, sie war klein und unbedeutend; man dachte nicht daran, ihr liebes aber nichtssagendes Gesichtchen anzuschauen, kurz — sie war eben das Christianchen, über das man so leicht hinaussah, das immer und überall nebenher und nebenbei ging. Alle im Elternhaus hatten die Aelteste gerne, sie wurde nicht etwa zurückgesetzt; wenn sie am Nähtisch saß oder in der Küche half, während die Anderen feierten, so hatte Niemand sie dazu gezwungen — es war eben selbstverständlich, daß sie immer bei der Arbeit war und überall aushalf.

Als die Mädchen heranwuchsen und auf den „Bürgerball" geführt wurden — der Vater war Kleinkaufmann — da wagte man schon ein Stück Geld daran, für Marie und wie die Anderen hießen, ein schmuckes Mull- oder Tarlatankleid zu fertigen, an dem Christianchen Tag und Nacht mit gerötheten Wangen, ein lustiges Liedchen singend, wenn Müdigkeit sich einstellen wollte, arbeitete. Und kam der Ball heran, so hatte die Aelteste gerade noch die nöthige Zeit, sich ein etwas verblichenes Garderobestück der Mutter herzurichten.

Neben der Mutter saß sie denn auch im Ballsaal und sah mit liebevoll-wohlwollendem Ausdruck in dem kleinen runden Gesichte den Schwestern nach, die im Saale dahinflogen. Wenn einer der Tänzer aus Höflichkeit auch Christianchen um eine Tour bat, da strahlte sie vor Freude und dankte demselben bei ihrem ungeschickten Knix gar herzlich dafür, daß er an sie gedacht. Bekam Schwester Marie, was häufig der Fall war, im Laufe des Abends ihre Migräne, oder vielmehr ihr Kopfweh, wie man es damals noch gut bürgerlich nannte, so brachte sie ohne Zögern die Patientin nach Hause, während die Anderen lustig weiter galoppirten und walzten. Und waren Alle schon zur Ruhe und sie noch der Mutter beim Auskleiden behilflich gewesen, dann gab sie dieser noch einen dankerfüllten Kuß: „weil es gar so schön gewesen!"

Die Brüder zogen in die Welt hinaus und die Schwestern wurden von Freiern weggeholt. Die übersahen Alle die kleine Schwägerin — sie war auch gar so klein. Sie hat an all den Brautschleiern gestickt und am Hochzeitsmorgen den Bräuten den Kranz festgesteckt, neidlos, während schwesterliche Thränen in den weißen Schnee des Gewandes fielen. Während die Uebrigen zur Kirche fuhren, leitete sie die Herrichtung der Hochzeitstafel; am Abend, wenn das Fest verrauscht, zählte sie Weißzeug und Silber nach, und am nächsten Morgen fand man Alles wieder in schönster Ordnung.

Einmal ist es in der kleinen flachen Brust auch unruhig zugegangen. Ein junger Arzt hatte im Hause Wohnung genommen — man hatte, da nur noch die kleine Pauline außer Christiane bei den Eltern war, viel übrigen Platz gewonnen. Er war stets sehr freundlich gegen Christiane und versäumte nie, wenn er sie im Vorübergehen an ihrem Arbeitsplatze sitzen sah, mit wohlwollendstem Tone zu sagen: „Immer fleißig, Fräulein Christiane?"

Mit wie innig dankbaren Blicken sie ihn da anschaute! Es kam vor, daß ihr dabei der Faden riß, ja es geschah sogar, daß sie die Arbeit einen Augenblick in den Schooß sinken ließ, daß sie sich ein wenig vorbeugte und dem Doktor noch ein Weilchen nachschaute. Eines Tages trat er zu ihrem freudigen Erstaunen bei ihr ein und setzte sich zu ihr. Er hielt lange ihre Hand fest, die sie ihm entgegengestreckt. So hat es nie mehr in der Brust Christianchens gehämmert und geklopft, wie in diesem Augenblick. Dann hatte der Doktor zu reden begonnen. Er hatte ihr gesagt, daß er Pauline von ganzem Herzen liebe und von dieser wiedergeliebt werde. Sie, die ja Alles vermöge, solle ein vorbereitendes gutes Wort bei den Eltern einlegen, damit er sicher und ohne Besorgniß bei diesen um die Hand der Geliebten anhalten könne.

Christianchen hatte einen kurzen Schrei ausgestoßen — sie hatte sich auch gar so schlimm in den Finger gestochen; ein großer rother Blutstropfen fiel auf die weiße Leinwand in ihrem Schooß. Der Schmerz preßte ihr sogar eine Thräne ins Auge, aber schon lächelte sie über ihre Ungeschicklichkeit und versprach, eine warme Fürsprecherin zu sein. Und das war sie, und bald fielen wieder die Thränenperlen in den Brautschleier, dieses Mal recht, recht viele.

Bald nach dieser letzten Hochzeit im Elternhause starb der Vater.

Die Geschwister waren hinausgegangen, aber an Arbeit fehlte es Christianchen darum doch nicht. Die Pflege der kränkelnden Mutter nahm sie sehr in Anspruch und dann hatte sie so viel für die Geschwister draußen zu thun. Kaum hatte der Storch sich irgendwo angemeldet, so sah man Jäckchen und Röckchen von puppenhafter Dimension an Tante Christianchens Arbeitstisch entstehen; kein Stammhalter wurde geboren, der nicht seine erste irdische Umhüllung aus den Händen der Familientante empfing. Kaum eine Woche verging, in der sie nicht im Namen der Mutter zu einem Geburts- oder anderen Feste brieflich Glückwünsche darbringen

westlich vom Ubangi, das Becken des Bunga bis zu seinen Quellen in der Richtung nach dem Tschad-See hin zu untersuchen. Die erste Expedition unter der Leitung des bekannten Reisenden Crampel, der südlich von Batanga schon mehrere Expeditionen gemacht hat, ist bereits unterwegs; die andern beiden werden bald nachfolgen. Inzwischen ist der französische Kolonialverwalter Cholet dem Pariser „Siècle“ zufolge, nachdem er den Lauf des Sanga, eines der rechten Nebenflüsse des Kongo, erforscht, wieder nach Brazaville zurückgekehrt. Cholet hatte sich auf einem Kanonenboot eingeschifft und war bis zum 4. Grade nördlicher Breite und zum 13. Längengrade flußaufwärts vorgedrungen. Vom politischen Gesichtspunkte hat, wie das „Siècle“ sagt, diese Reise die allerhöchste Wichtigkeit. Sie erstreckt sich bis zu den nördlichen Grenzen des französischen Gabun und Kongogebietes und sichert Frankreich die Striche zwischen dem deutschen Gebiete von Kamerun und dem Flußlaufe des Gobanglis, dessen rechtes Ufer zum französischen Besitz gehört. Diese Gegend war, so heißt es einem Bericht der „Köln. Zeitung“ zufolge weiter, Gegenstand deutscher Gelüste gewesen. Allein die deutschen Forschungsreisenden waren in ihrem Vordringen von der Küstenstrecke zwischen dem Rio Campo und Batanga nicht über den 11. Längengrad hinausgelangt. Somit wäre denn zum Vortheil Frankreichs die Frage entschieden, wem die Gebietstheile, welche den deutschen Kamerunfluß vom französischen Kongo trennen, zufallen sollen. „Man weiß“, heißt es am Schlusse, „daß Rohlfs ganz neuerdings diese Striche für Deutschland in Anspruch nahm. Cholet hat die Beweisgründe gefestigt, welche sich diesen hier schon früher als wenig begründet bezeichneten Ansprüchen entgegenstellen lassen.“ Ferner bemerkt der „Temps“ zu den Forschungen Cholets: Das Protokoll vom 24. Dezember 1885 zog zwischen Deutsch-Kamerun und Französisch-Congo eine Grenzlinie, die von der Campomündung aus parallel dem Breitegrade bis zu dem Punkt 12 Grad 40 Min. östlicher Länge läuft. Diese Linie ließ das Gebiet östlich von diesem Punkte der Thätigkeit beider Nationen offen. Nun hat Cholet mit einheimischen Häuptlingen, die sich unter französischen Schutz stellten, in einem großen Gebiet westlich des Sangha Verträge geschlossen. Die Deutschen haben wegen der Entfernung und der Feindseligkeit der Eingeborenen vergeblich versucht, sich hier einen Weg zu bahnen, das Haus Woermann mußte sogar mehrere vorgeschobene Posten zurückziehen. Cholet hat von dieser Gegend Besitz ergriffen, indem er den Lauf des Sangha benutzte, denn er nahm mit Recht an, daß dieser Fluß von Norden her parallel mit dem Kongo und dem Ubanghi komme. Den Forscher begleiteten die Vertreter eines Handelshauses, welche die Vorbedingungen zu ertragreichen Geschäften vorfanden. Die von Cholet abgeschlossenen Verträge öffnen der Kongokolonie einen weiteren Weg nach Norden, parallel dem, welchen wir in dem Ubanghi bereits inne haben. Französisch-Kongo erstreckt sich daher jetzt im Westen bis an die im deutsch-französischen Abkommen festgesetzte Grenze.

Stadtverordneten-Sitzung.

Posen, 10. September.

Erschienen sind die Stadtverordneten: Brodnitz, Fahle, Förster, Herzberg, Dr. Hirschberg, Jacobsohn, Jaeckel, Dr. Jarnatowski, Jerzykiewicz, Kantorowicz, Kirsten, König, Dr. Landsberger, Leitgeber, Manheimer, Müller, Nötel, Orgler, Prausnitz, Rosenfeld, Türk und Ziegler.

Der Magistrat ist vertreten durch: Oberbürgermeister Mueller, Stadtbaurath Grüder, sowie die Stadträthe Kantorowicz, Kronthal, Dr. Loppe, Reymer und Schweiger.

Den Vorsitz führt Justizrath Orgler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begründet Oberbürgermeister Mueller eine dringliche Vorlage. Am 26. Oktober feiere der Generalfeldmarschall Graf Moltke, der als Generalstabs-Chef des hochseligen Kaisers Wilhelm I. die deutsche Armee von Sieg zu Sieg geführt habe, seinen 90. Geburtstag. Nun sei ein Komite zusammengetreten, welches zu diesem Geburtstage eine Adresse sämmtlicher deutschen Städte an den General-Feldmarschall plane. Die Adresse solle, künstlerisch ausgeführt und ausgestattet, in Prachteinbänden überreicht werden, derart, daß die Unterschriften sämmtlicher Städte provinzenweise geordnet, ebenfalls in Prachteinbänden vereinigt werden, und daß die ganze Sammlung den Inhalt eines Kunstschrankes bilden solle, der geschmückt sein werde mit der Bronze-Büste Kaiser Wilhelms I. und der Bronze-Statue der Germania. Dazu habe der Kriegsminister Bronze von Geschützen, welche im Jahre 1870 erorbert worden seien, zur Verfügung gestellt. Das Komite habe sich an sämmtliche städtischen Körperschaften in Deutschland gewendet mit der Bitte, sich an der Adresse zu betheiligen und zu den Kosten des Kunstschrankes einen angemessenen Beitrag leisten zu wollen. Es werde bemerkt, daß ein etwaiger Ueberschuß zu einer Moltke-Stiftung verwendet werden solle. Dem Vernehmen nach werde beabsichtigt, die Stiftung zu verknüpfen mit dem Erwerbe des Moltke-Geburtshauses in Parchim, um daselbst ein Asyl für alte Krieger einzurichten. Der Redner stellt, nachdem er die Dringlichkeit der Sache betont hat, den Antrag, daß sämmtliche Stadtverordnete Posens die Adresse unterzeichnen möchten, und daß 500 Mark als Beitrag der Stadt dem Komite überwiesen würden. Endlich möge man noch 300 Exemplare einer in volksthümlichem Tone gehaltenen Schrift des Hofpredigers Rogge über das Leben und Wirken Moltkes ankaufen und am Geburtstage des Gefeierten in den städtischen Schulen als Prämie vertheilen lassen. Die Versammlung bewilligt die beantragten 500 Mark, will aber, den Einwendungen des Stadtv. Fahle folgend, die Roggesche Schrift nicht ankaufen, bevor sie von dem Inhalt Kenntniß genommen hat.

Stadtv. Förster interpellirt den Magistrat wegen der neulich vorgenommenen Umnumerirung der beiden Ritterstraßen. Er erkenne dankbar an, daß die Umnumerirung dieser Straßen die Verwechselungen, welche nach der Regulirung der Kleinen Ritterstraße besonders durch Fremde vorgekommen seien, beseitige, finde aber, daß das jetzige Vorgehen, welches binnen kürzester Frist die Anbringung der neuen Hausnummern verlange, während an den Straßenecken noch die alten Schilder angebracht seien, große Verwirrung hervorrufe. Er bitte daher, die alten Schilder abzunehmen und dafür neue provisorische Schilder anzubringen.

Stadtbaurath Grüder verspricht Namens des Magistrats Abhilfe.

Ueber die Errichtung einer staatlichen Baugewerks- und Fortbildungsschule referirt Stadtverordneter Dr. Landsberger. Er halte die Vorlage für eine sehr wichtige, da sie eine anerkennenswerthe Weiterbildung unseres Schulwesens enthalte. Die erforderlichen finanziellen Opfer berechne der Magistrat auf 8 bis 10 000 Mark, und auch er glaube, daß die Kosten, so wie die Sache liege, nicht viel geringer sein würden. Die Regierung verlange zunächst nur eine allgemeine Zustimmung zu ihrem Plane und er müsse bekennen, daß er diese mit Freuden ertheilen werde. Er halte es für einen Aufschwung sowohl des hiesigen Schulwesens, als auch der Stadt, wenn neben der Fortbildungsschul-Einrichtung noch eine gewerbliche Lehranstalt nach Posen verlegt werde. Diese werde einen Etat von über 60 000 Mark haben und ohne Zweifel eine Reihe technisch gebildeter Kräfte nach Posen ziehen. Das Schulhaus, welches gebaut werden solle und dessen Verzinsung sich auf 8 bis 10 000 Mark belaufen werde, bleibe ja doch auch noch Eigenthum der Stadt. Außer den Baukosten, die auf 110 000 Mark geschätzt werden, solle die Stadt noch die Hälfte der Kosten für die Einrichtung der Beleuchtung tragen und fernerhin das Gebäude beleuchten und beheizen. Endlich werde noch verlangt, daß die Stadt in ihren Schulhäusern diejenigen Räume für den Fortbildungsschul-Unterricht zur Benutzung freigeben, sowie deren Beheizung und Beleuchtung übernehmen solle, welche außerdem erforderlich sein sollten. Er beantrage daher, der Errichtung einer staatlichen Baugewerks- und Fortbildungsschule zuzustimmen, event. dieser Vorlage an eine besondere Kommission zu verweisen.

Stadtv. Jaeckel steht der Vorlage sympathisch gegenüber und bittet um Ueberweisung derselben an eine Kommission.

Stadtv. Türk bemerkt, daß der so lange verschleppte Schulbau des Gebäudes für die II. Stadtschule, wo grauenhafte Zustände herrschten, so wichtig erscheine, daß erst dieser Bau im bejahenden Sinne müsse entschieden werden, ehe er für den Bau der Fortbildungsschule stimmen könne.

Stadtv. Kirsten steht auf dem Standpunkt des Referenten.

Oberbürgermeister Mueller: Nach erfolgter Annahme der Vorlage behalten der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung in der Baufrage vollständig freie Hand. Da ein Bauplatz vorhanden sei, mithin dafür besondere Ausgaben nicht gemacht zu werden brauchten, weil ihn die Stadt mit der Faulen Warthe zugleich bekomme, stellten sich die Baukosten erheblich billiger, als bei anderen Schulhäusern. Die Hauptfrage bleibe also nur die, ob die Stadt ein wesentliches Interesse an der Errichtung einer Baugewerkschule habe.

Stadtv. Jacobsohn: Man solle hier doch nicht über die Größe der in Höxter errichteten Schule hinausgehen. Denn man müsse doch auch die Frage in Betracht ziehen, was aus der Baugewerkschule werden solle, falls der Staat einmal in späterer Zeit nicht mehr die Absicht haben sollte, die Fortbildungsschule bestehen zu lassen. Dann müsse auch darüber debattirt werden, wie sich die Belastung der Stadt durch die Uebernahme der Schule gestalten werde. Es müsse ferner bedacht werden, daß der in Aussicht genommene Bauplatz im Inundationsgebiet liege und vielleicht von der Regierung abgelehnt werden könnte.

Oberbürgermeister Mueller führt aus, daß die Fortbildungsschule aus anderen Gründen mit der Baugewerksschule solle verbunden werden, als der Vorredner anzunehmen scheine. Die Errichtung eines besonderen Gebäudes für den Fortbildungsschulunterricht sei gar nicht erforderlich, denn für den Unterricht in der deutschen Sprache und im Rechnen seien die Räumlichkeiten der städtischen Schulen sehr wohl ausreichend. Nur deshalb, weil der Dezernent im Handelsministerium auf das gewerbliche Zeichnen für die Lehrlinge ein so großes Gewicht lege, werde hier die Verbindung mit der Baugewerksschule in Aussicht genommen. Und nur für das Zeichnen genügten die Räume der städtischen Schulen nicht. Dann aber sei es doch ein wesentlich kommunales Interesse, daß diejenigen Jünglinge, welche sich für gewerbliche Berufe vorbereiteten, sich auch die erforderlichen Fähigkeiten im Zeichnen aneigneten. Die Gründe, weshalb eine Verbindung der Fortbildungsschule mit der Baugewerksschule durch die Regierung vorgesehen werde, lägen darin, daß der für das Fortbildungsschulwesen in Posen und Westpreußen ausgeworfene Fonds allein die Mittel gewähre, welche es möglich machten, der Stadtgemeinde so außerordentlich günstige Bedingungen zu stellen.

Die Vorlage wird einer besonderen Kommission zur Berathung überwiesen, in welche die Versammlung neun Stadtverordnete wählt.

Ueber die Magistratsvorlage, betreffend den Neubau des Stadthauses und eines Börsengebäudes, referirt Stadtv. Müller. Der Referent wiederholt noch einmal den Gang, den die Verhandlungen bisher genommen haben und weist darauf hin, daß der Magistrat auf Grund der im Juli d. J. gefaßten Beschlüsse die Grundrisse und die Façade der sechsten Skizze (gothischer Stil) umgeändert habe und diese nun vorliege, damit sich die Versammlung über diese Frage definitiv entscheide, ehe an die Ausarbeitung eines besonderen Bauprogrammes gegangen werde. Der Redner geht alsdann auf einige spezielle Abweichungen von dem damaligen Projekte ein, welche die Kommission beschlossen hat, und deren Annahme sie der Versammlung empfiehlt.

Stadtv. Jaeckel bedauert, daß die Sache durch die stets wiederholte Opposition, namentlich des Herrn Prausnitz, so sehr verschleppt worden sei, daß man dadurch bereits ein ganzes Baujahr verloren habe. Herr Prausnitz habe den ganzen Anschlag als falsch kritisirt und bedeutend höhere Summen auf Grund eines Kalenders herausgerechnet als der Magistrat, ohne dafür andere Beweise aufzuführen als die Zahlen dieses Buches. Denn die Annahme, daß der Bau nicht weniger als 200 000 M. mehr kosten werde, habe gar keinen Boden. Erst im Plenum sei Herr Prausnitz mit seinen überraschenden Entdeckungen hervorgetreten. Daß man ein kleineres Gebäude bauen könne und dann dabei billiger fortkomme, sei an sich klar. Der Magistrat und die Kommission hätten aber geglaubt, eine größtmöglichste Ausnutzung des Bauplatzes vornehmen zu sollen, um für die Zukunft zu sorgen. Wenn Herr Prausnitz gemeint hätte, man solle im Stile des Giovanni Battista weiter bauen, so müsse darauf entgegnet werden, daß ein solcher Bau so unpraktisch wie nur immer möglich sein würde, und daß der jetzt in Aussicht genommene gothische Giebelbau in vielen Häusern des Alten Marktes bereits Anwendung gefunden habe. Die Räume im neuen Hause seien dringend nothwendig; nichts sei aber wohl dringender als der Bau von Kassenlokalen. Durch die geplante Einfügung des Börsensaales würden sie aber ganz und gar auf einer Seite weggenommen werden, und es sei daher mit Anerkennung aufzunehmen, daß die Kommission den Börsensaal im Neubau beseitigt habe. Es sei durch den geplanten Giebelbau für Börsenzwecke auch gelungen, die Interessen des Handelsstandes zu wahren, so daß durch diese Lösung der Frage Niemand zu Schaden komme.

Stadtv. Fahle spricht die Ueberzeugung aus, daß dem Bedürfnisse der Versammlung nach Weiterführung der Generaldiskussion wohl genügt sein dürfte, und daß es für das Weiterkommen in dieser Angelegenheit am ersprießlichsten sein dürfte, wenn man in die Berathung der Einzelheiten eintrete. Der Redner bezeichnet nun eine Anzahl von Punkten der Vorlage, die zur Debatte gestellt werden sollten, und spricht seinerseits nur noch über die Weglassung des Börsensaales. Er würde nicht für den Bau eines Börsensaales im Stadthause gestimmt haben, da er glaube, daß ein solcher Saal einem Dienstgebäude für die städtische Ver-

---

mußte; dann war das Familienbuch zu führen, das Tante Christianchen seit Langem angelegt hatte. Mit ihrer schönen festen Handschrift trug sie da jedes denkwürdige Ereigniß ein. Sauber war da jede Hochzeit, jede Geburt, jeder Sterbefall verzeichnet.

Nur ein Dintenfleck verunzierte die Familienurkunde, und der fand sich unter dem Datum von Paulinens Hochzeit; Christiane hatte leicht gezittert bei dem Eintrag, und da war das Unglück passirt.

Schlimme Stunden erwarteten sie am Kranken- und Todtenbett der Mutter, an dem sie allein, nur wenig getröstet durch die theilnahmsvollen Schreiben der Geschwister, stand.

Nicht so ruhig, wie Christiane sich gedacht, sollte das Leben werden, das sie nunmehr nach dem Tode der Mutter führte. Es begann für sie die große Familienrundreise, die den Rest ihres Lebens fast ausschließlich in Anspruch nahm. Wenn irgendwo in der Familie zwei hilfreiche Hände nöthig, so verschrieb man sich Tante Christianchen. Wenn man sie eines Tages in ihrem großen Radmantel, der altmodischen Kapuze und den großen Filzschuhen, die Reisetasche in der Hand (in der das Changeantkleid sorgfältig verpackt war), in einem Hause erscheinen sah, so konnte man sicher sein, daß dort der Storch vorübergeflogen war. Den ersten Schrei jedes Familiensprosses hörte Tante Christianchen. Aber nicht nur wo die Jungen kamen, auch wo die Alten gingen, da wurde sie schleunigst gerufen. Schon manches gebrochene Auge hatte sie mit ihrer Hand geschlossen und manches Bahrtuch ausbreiten helfen. War sie nicht mehr nothwendig, so ging sie auf den großen Filzschuhen so still davon, wie sie still gekommen.

Kaum war sie zu Hause angelangt und hatte Mizi, die sie in Pension gegeben, herbeigeholt, so traf auch schon wieder ein Schreiben ein, das etwa lautete:

„Liebe Schwester!

die Kinder haben das Scharlachfieber und wollen nur von Dir gepflegt sein. Thue uns doch den großen Gefallen und komme sofort.“

und Tantchen packte und reiste.

Ihre letzte Reise machte sie bei Schnee und Eis im Januar; dabei holte sie sich ihre erste Krankheit, die dann auch ihre letzte sein sollte.

Sehr leidend kam sie zu Hause an und mühsam schleppte sie sich nun vom Bett zum Sessel am Fenster und vom Sessel zum Bett.

Man war in der Familie über Christianchens Erkrankung ebenso bestürzt als betrübt. Von allen Seiten erhielt sie Schreiben, in denen man dem Bedauern darüber, daß man sie wegen der großen Entfernung und der schlimmen Jahreszeit nicht besuchen könne, in der lebhaftesten Weise Ausdruck verlieh. Ein paar Geschwister, die ziemlich nahe bei einander wohnten, traten sogar gelegentlich zu einer Berathung zusammen. Aus Aller Mund wurde der Wunsch laut, daß Christianchen eine gute liebevolle Pflege zu Theil werden müsse. Aber wie? Karl konnte bei seinen beschränkten Wohnräumen nicht noch einer Kranken Unterkunft gewähren, bei Fritz war es ja entschieden viel zu unruhig, Pauline fühlte sich selbst nicht wohl und bedurfte der Pflege, Luisens Mann stand vor dem Bankerott, dort konnte man gar nicht an die Aufnahme denken.

Eine gute Pflegerin zu Hause, das wäre eben doch das Richtige, lautete der allgemeine Schlußgedanke.

Da Christianchen fast ganz ohne eigene Mittel war, so legte man eine nicht allzu bedeutende Summe zusammen und ließ sie an jene abgehen, indem man ihr auf die Seele band, sich ja eine recht tüchtige Pflegerin zu besorgen.

Christianchen dankte gerührt für den Beweis von Liebe und Güte und sprach die Hoffnung aus, daß sie wieder soweit gesunden möge, um sich für das Opfer erkenntlich zu zeigen.

Aber sie gesundete nicht, siechte vielmehr im Lehnstuhle langsam dahin.

Arbeiten konnte sie nicht mehr, aber sie wußte sich Unterhaltung zu verschaffen. Dazu verhalf ihr vor Allem ihr großer Reliquienkasten, den sie oft öffnen und vor sich stellen ließ und aus dem sie gar seltsame Gegenstände entnahm. Da fanden sich verwelkte Blumen und Blätter, Myrthen aus Brautkränzen und Cypressen aus Todtenguirlanden. Da lag der zerbrochene Trauring des Vaters und dort die große Staatsbrosche — der Vater in blauem Frack mit zierlichem Chapot auf einer Porzellanplatte gemalt. In einer kleinen Schachtel zeigte sich, in Watte verpackt, ein Zähnchen — das erste des Neffen Albert, der ein großer Künstler geworden, in einem Umschlag von Seidenpapier eine blonde Locke — von der kleinen Marie, die im Teiche ertrunken. Und dann in Packeten, mit rothem und blauem Band zusammengehalten, Briefe jeder Größe und jeden Formats. Da fanden sich Glückwünsche in krummen Linien und großen betrunkenen Buchstaben von unbeholfener Kinderhand. Dann endlose Briefe von Erwachsenen. In diesem schrieb Nichte Bertha, daß sie einen jungen Maler liebe und ins Kloster gehe, wenn sie ihn nicht zum Manne bekomme, Tantchen solle doch Fürbitte bei den Eltern thun; in jenem Neffe Konrad, daß er heimlich bei einem Korps „aktiv“ gewesen und wegen Schulden die Universitätsstadt nicht verlassen, Tante solle doch Papa vorbereiten — vielleicht verberge sie selbst einen rettenden Schatz in einem Winkel ihrer Kommode? Auf jenem Bogen theilt Schwester Luise mit, daß ihr Mann sich mit Spekulationen ruinirt, Tantchen möge sich doch bei dem ihr so wohlgewogenen Hauptgläubiger in H. für sie verwenden u. s. w. u. s. w.

Christianchen weinte und lächelte, während sie den Inhalt des Kastens beschaute; oft auch träumte sie über demselben, während Mizi sich an ihren Filzschuhen rieb und behaglich schnurrte.

Nicht selten blätterte Christianchen in dem Familienbuch, da und dort einen langen Halt machend und in Gedanken versinkend.

Auf der Seite, wo der Dintenfleck sich fand, ruhte die welke Hand, als die Wärterin sie eingeschlafen, fest eingeschlafen — um nicht mehr zu erwachen, im Lehnstuhle fand.

Sie hatte auch im Sterben Niemandem Mühe gemacht.

Auf die Nachricht von ihrem Verscheiden trafen von den Verwandten Blumen in Menge ein. In Person kamen nur wenige Leidtragende — der Weg war so weit, die Jahreszeit für das Reisen so ungünstig!

Der Stein, der auf Christianens Grab gesetzt wurde, war sehr einfach, und ebenso die Inschrift:

Hier ruhet unsere gute Tante Christiane. . . .

Wie wenig und wie viel! . . .

waltung etwas vollkommen Fremdes sei. In allen größeren Städten hätten sich die Kaufleute selbst einen Börsensaal errichtet, und er halte denn auch mit Herrn Jaeckel die ev. Errichtung eines Flügelanbaues für diese Zwecke nach der Hauptwache zu für eine ganz glückliche Lösung der Schwierigkeiten, d. h. so bald sich ein sicherer Boden werde gefunden haben, von wo aus der Bau rentabel erscheine. Das sei das Meiste, was man in dieser Angelegenheit verlangen könne. Er bitte daher, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen.

Stadtv. **Prausnitz** erklärt, daß durch die Ausbildung des sechsten Blattes, wie sie heute vorliege, die Wahl unter den Skizzen aufgehört habe. Das neue Stadthaus sei ihm zu groß, zu hoch und zu theuer projektirt. In längerer Auseinandersetzung entwickelt der Redner nun ein ganz neues Projekt eines viel kleineren Stadthauses, welches nur Bureauräume enthalten solle. Der jetzige Stadtverordneten-Sitzungssaal im alten Rathhause solle weiter benutzt werden. Doch sollte der Zuhörerraum in das Vestibül gelegt und die Sitze sollten halbkreisförmig in und hinter dem Durchbruch des Mittelfeldes der Trennungswand angeordnet werden. Die Kosten seiner Anschläge nnd der erforderlichen Umbauten im alten Rathhause berechnet der Redner auf höchstens 200 000 M., die der Magistratsvorlage auf 700 000 M.

Stadtv. **Rosenfeld** bittet die Versammlung, in dem Stadthause einen Handelssaal einzurichten. Wegen der vorgerückten Zeit beantrage er, die Verhandlungen über die Stadthausbaufrage bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Oberbürgermeister **Mueller** tritt den Ausführungen des Herrn Rosenfeld entgegen und macht nochmals die Gründe geltend, aus welchen man von der Anlage eines Handelssaales in dem zu erbauenden Stadthause absehen müßte.

Stadtv. **Kantorowicz** warnt abermals vor dem Bau eines kostspieligen Gebäudes, bevor über das Warthe-Eindeichungsprojekt endgiltig entschieden sei. Wenn die Versammlung aber seiner Ansicht nicht beitreten wolle, was er befürchte, so möge dieselbe das Stadthaus mit so geringen Kosten bauen, als es nur möglich sei. Der Redner bittet die Versammlung heute nochmals, falls dieselbe für den Bau eines Stadthauses stimme, in letzterem einen Bürgersaal einzurichten, welcher nicht nur zu Handelszwecken, sondern auch zu öffentlichen Versammlungen, welche der Würde des Dienstgebäudes angemessen seien, benutzt werden könnte.

Nachdem Oberbürgermeister **Mueller** nochmals für die Annahme der Magistratsvorlage plaidirt hat, wendet sich Stadtv. **Fahle** gegen Herrn Prausnitz. Er giebt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß Herr Prausnitz in den Kommissions-Sitzungen sein Projekt nicht zur Debatte gestellt, sondern es erst dem Plenum unterbreitet habe. Hier erläutere Herr Prausnitz aber nur sein Projekt, ohne irgend einen Antrag zu stellen. Durch ein solches Verfahren werde viel Zeit verloren, und die Versammlung komme um keinen Schritt in der Berathung vorwärts. Der Redner geht nun auf das Projekt des Herrn Prausnitz näher ein und ist der Meinung, daß die Ausführung desselben nicht zu empfehlen sei.

Es wird der Schluß der Diskussion beantragt und ein von dem Stadtv. **Brodnitz** eingebrachter Antrag, die Generaldiskussion zu schließen und in der nächsten Sitzung in die Spezialdebatte über die Magistratsvorlage einzutreten, mit großer Majorität angenommen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Stadtv. **Prausnitz** wird die Sitzung nach 9¼ Uhr geschlossen.

Lokales.

Posen, den 11. September.

⁂ **Schützengilde.** In der am 12. Mai d. J. stattgehabten Haupt-Generalversammlung der hiesigen Schützengilde wurde bei der Rechnungslegung des Rendanten in Folge der gezahlten bedeutenden Gerichts- und Rechtsanwaltskosten dem Vorstande der Gilde der Vorwurf gemacht, er habe in den Prozeßangelegenheiten einiger ausgewiesener Mitglieder gegen die Gilde, durch die unnöthige und aussichtslose Fortführung dieser Prozesse in höherer Instanz der Gilde bedeutende Kosten unnöthiger Weise verursacht. Die Versammlung verweigerte deshalb dem Rendanten der Gilde, Kürschnermeister Schultz, die Decharge, und wurde eine Kommission, bestehend aus 6 Mitgliedern, darunter Rechtsanwalt **Wolinski**, gewählt, welche diese Prozeßangelegenheiten prüfen und über die Schuld des Vorstandes an den unnöthigen Kosten, sowie über dessen event. Regreßpflichtigkeit berichten sollte. Die zu dieser Berichterstattung und Decharge-Ertheilung einberufene außerordentliche, diesmal bekanntlich in jedem Falle beschlußfähige Generalversammlung wurde in Abwesenheit des ersten Vorstehers durch den zweiten Vorsteher, Gewehrfabrikant **Specht**, vorgestern, Dienstag, um 4½ Uhr Nachmittags im Schützenhause eröffnet. Es waren 60 Mitglieder, darunter nur acht Deutsche, erschienen. Rechtsanwalt **Wolinski** berichtete im Namen der obengenannten Kommission über das Resultat der Prüfung, und war dieselbe der Ansicht, daß in 3 Prozeßangelegenheiten (Mikolajczak, Otworowski, und Modrzynski) dem früheren Vorstande sowohl als auch dem Verwaltungsrathe, welcher in sämmtlichen Prozeßangelegenheiten einstimmig seine Genehmigung zur Führung derselben ertheilt hatte, eine Schuld nicht beizumessen sei und die Prozeßkosten durch die Gilde getragen werden müssen; dagegen war dieselbe in der Prozeßangelegenheit des Mitgliedes Andrzejewski der Ansicht, daß den Vorstand mit dem Verwaltungsrath die Schuld an diesem Prozesse und an den Kosten trifft und daß derselbe verpflichtet wäre, die von der Schützenkasse bereits gezahlten Kosten mit 120 M. zu erstatten. Hierbei sprach jedoch die Kommission die Ansicht aus, daß von einem gerichtlichen Vorgehen gegen die Mitglieder des Vorstandes und Verwaltungsrathes abgesehen werden müsse; sie erwarte aber, daß dieselben sich hierdurch veranlaßt sehen würden, die lediglich durch ihre Schuld entstandenen Kosten der Schützenkasse freiwillig zu ersetzen. Diesen Ausführungen gemäß beschloß nach kurzer Debatte auch die Generalversammlung und ertheilte dem früheren Rendanten, Kürschnermeister **Schultz**, die Decharge über die Kassenführung. Die gegen die Schützengilde noch schwebenden zwei Prozesse (Dembinski und Modrzynski) sollen, da sie wahrscheinlich auch für die Gilde ungünstig enden könnten, ebenfalls von der Kommission noch geprüft werden; auch soll dieselbe event. über Vergleichsvorschläge berichten. Nach der Wahl von 4 Mitgliedern in die Rechnungs-Revisionskommission, der Herren **Schild, Hennes, Frankiewicz** und **Szulczewski**, sowie Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 6 Uhr geschlossen.

—u. **Die Stettiner Quartett- und Couplet-Sänger** haben gestern Abend im Lambertschen Saale ihre erste humoristische Soiree veranstaltet. Daß die Gesellschaft seit ihrem letzten Auftreten in Posen bei dem hiesigen Publikum in gutem Andenken geblieben war, bewies der ungemein zahlreiche Besuch der Soiree. Lange vor Beginn des Unterhaltungs-Abends war der große Saal bereits bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Ensemble verfügt über ein tüchtiges, mit guten Stimmmitteln ausgerüstetes Quartett, und wurden die Vorträge desselben tadellos zu Gehör gebracht; die Einzelvorträge waren nicht minder gut. Herr **Hippel** ist ein tüchtiger Mimiker. Derselbe brachte eine Gallerie berühmter und bekannter Persönlichkeiten, wie Goethe, Moltke, Bismarck, Boulanger u. A. vor, die er mit vortrefflicher Portrait-Aehnlichkeit zur Darstellung brachte. Die Herren **Meysel** und **Eberius** ernteten mit der parodistischen Humoreske, „Das Katzen-Duett", lebhaften Beifall. In Herrn **Britton** besitzt die Gesellschaft endlich einen tüchtigen Komiker. Den Schluß der gestrigen Soiree bildete die komische Ensemble-Szene: „Nur fürs Militär" von Meysel. Den rauschenden Beifall nach jeder Programmnummer erwiderten die „Stettiner" dankend durch Zugabe mannigfacher Lieder und Couplets. Wer einmal recht von Herzen lachen will, dem empfehlen wir den Besuch der Unterhaltungsabende dieser Gesellschaft.

—u. **Schulausflug.** Am 10. d. Mts. unternahm das Lehrer-Kollegium der Knotheschen höheren Mädchenschule mit den beiden oberen Klassen (Ia und Ib) einen Spaziergang nach dem Johannisthal und in den Wald bei Kobylepole, der trotz des schon fallenden Laubes noch einen recht erfrischenden Aufenthalt bot. Da der Abend nebelig zu werden drohte, so wurde der Rückweg schon um 6 Uhr angetreten.

—u. **Ein tragbarer Bierdruck-Apparat** im Werthe von ungefähr zwanzig Mark ist am Abend des 8. Dezember v. J. einem an der Großen Gerberstraße wohnhaften Kupferschmiedemeister von einem Arbeitsburschen zur Reparatur überbracht worden mit der Bitte, den Apparat so schnell wie möglich wieder in Stand zu setzen. Bis heute ist der inzwischen längst ausgebesserte Apparat noch immer nicht aus der Werkstätte des Kupferschmiedemeisters abgeholt worden, und sind auch alle Nachforschungen nach dem Eigenthümer desselben resultatlos geblieben. Der Apparat wird daher in den nächsten Tagen meistbietend verkauft werden.

—u. **Diebstahl.** Gestern Nachmittag sind einer an dem Fischereiplatze wohnhaften Wittwe aus ihrer unverschlossen gewesenen Wohnung zwei Damenmäntel im Werthe von zusammen ungefähr vierzig Mark entwendet worden. Der Dieb wurde alsbald in der Person eines Eisendrehers aus Posen ermittelt und zur Haft gebracht.

* **Aus dem Polizeibericht.** Zwangsweise desinfizirt: ein Droschkenhalteplatz in der Wilhelmstraße. — Verloren: ein silbernes Gliederarmband auf dem Wege von der Berliner- nach der Bäckerstraße, eine Broche, gefertigt aus einem Zweimarkstück mit dem Bildniß Kaiser Friedrichs III., von dem Berliner Thore nach der Fischerei. — Gefunden: ein Metallarmband in der Ritter- und ein goldener Trauring in der St. Martinstraße.

Marktberichte.

Stettin, 9. Sept. (An der Börse.) Wetter: Bewölkt. Temperatur + 14 Gr. Reaum., Barometer 28" 3'''. Wind: NW.

Weizen flau, per 1000 Kilo loko 180—190 Mark bez., feinster trockener 195 Mark Gd., per September 189 Mark nom., per September-Oktober 185,5—185 M. bez., per Oktober-November 184,5 M. Br., 184 M. Gd., per November-Dezember 183,5 M. bez., per April-Mai 187,5 M. Br., 187 M. Gd. — Roggen niedriger, per 1000 Kilo loko 155—166 Mark bez., geringer — M. bez., feinster — M. bez., per September 165,5 Mark Br., per September-Oktober 165,5—164,5 Mark bez., per Oktober-November 163 M. Br., per November-Dezember 161,5 M. Br., per April-Mai 158 bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 135 bis 160 M., feinste über Notiz bez. — Hafer, per 1000 Kilo loko 125—134 M. bez. — Winterrübsen per 1000 Kilo loko und successive Lieferung 225—235 M. bez. — Winterraps per 1000 Kilo loko und successive Lieferung 230—245 Mark bezahlt. — Rüböl fest, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 64,5 M. Br., per September 63,5 M. Br., per September-Oktober 62,5 M. Br., per April-Mai 58 M. Br. — Spiritus matter, per 10 000 Liter-Prozent loko ohne Faß 70er 41 Mark nom., 50er 60,8 M. nom., per September 70er 40 M. nom., per September-Oktober 70er 39,5 M. nom., per Oktober-November 70er — M., per November-Dezember 70er 36,2 M. nom., per April-Mai 70er 37 M. bez. — Angemeldet: — Zentner Roggen. — Regulirungspreise: Weizen 189 M., Roggen 165,5 M., Spiritus 70er 40 M.

Landmarkt: Weizen 184—188 M., Roggen 162—166 M., Gerste 156—165 M., Hafer 134—142 M., Kartoffeln 45—48 M., Heu 2,25—2,75 M., Stroh 35—37 M. (Ostsee-Ztg.

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	9. September.	10. September.
ffein Brodraffinade	—	—
fein Brodraffinade	—	—
Gem. Raffinade	—	—
Gem. Melis I.	—	—
Krystallzucker I.	—	—
Krystallzucker II.	—	—
Melasse Ia.	—	—
Melasse IIa.	—	—

Tendenz am 10. September, Vormittags 11 Uhr: Keine Verkäufe aus erster Hand, da die Raffinerien zumeist ausverkauft haben.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	9. September.	10. September.
Granulirter Zucker	—	—
Kornzuck. Rend. 92 Proz.	—	—
dto. Rend. 88 Proz.	—	—
Nachpr. Rend. 75 Proz.	14,00—15,25 M.	14,00—15,50 M.

Tendenz am 10. September, Vormittags 11 Uhr: Fest.

Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.

Am 10. September Abends: 15,8 Normalkerzen.

Telegraphische Nachrichten.

Charlottenburg, 11. Sept. Der Kaiser ist mit dem Grafen Moltke und Gefolge um 7½ Uhr Morgens hier eingetroffen. Kurz vorher traf die Kaiserin hierselbst ein. Beide Majestäten, Prinz und Prinzessin Leopold, Herzog und Herzogin von Connaught und Graf Moltke reisten um 8 Uhr 10 Minuten nach Breslau weiter.

Kiel, 11. Sept. Prinz Heinrich ist zum Kommandanten der ersten Matrosen-Division ernannt worden.

Petersburg, 11. Sept. [Privat-Telegramm der „Pos. Ztg."] Die hiesige bedeutende Bankfirma A. R. Klim ist in Liquidation getreten. Die Aktiva sollen unbedeutend sein.

Petersburg, 11. Sept. Der Kaiser schenkte dem Fürsten Dolgorukow anläßlich seines 25jährigen Jubiläums als Generalgouverneur von Moskau sein und des Kaisers Alexander II. Portrait in Brillanten. Anläßlich des Namenstages des Kaisers werden zahlreiche Ordensverleihungen veröffentlicht.

Konstantinopel, 11. Sept. (Reuter-Meldung.) Der armenische Bischof Tadjad Oscanian wurde gestern von einem jungen Armenier überfallen und durch einen Messerstich am Arm verwundet. Der Bischof konnte entfliehen. Die Ursache des meuchlerischen Ueberfalles ist die Zeugenaussage des Bischofs, wodurch die Verurtheilungen von Armeniern wegen des Kirchentumultes in Kumkapu erfolgten. Der Thäter ist bekannt, aber unauffindbar.

Börse zu Posen.

Posen, 11. September. [Amtlicher Börsenbericht.]

Spiritus. Gekündigt —,— L. Regulirungspreis (50er) 60,—, (70er) 40,20. (Loko ohne Faß) (50er) 60,—, (70er) 40,20, Septbr. (50er) —,—, (70er) —,—.

Posen, 11. Septbr. [Privat-Bericht.] Wetter: kühl.

Spiritus matter. Loko ohne Faß (50er) 60,—, (70er) 40 20, September (50er) —,— (70er) 40,20, Oktober (50er) —,—, (70er) 40,20.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 11. Sept. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 10.			Not. v. 10.
Weizen schwankend			**Spiritus** fest		
do. Septbr.-Oktbr.	188 —	186 75	70er loko o. Faß	42 80	42 40
do. April-Mai	190 75	189 —	70er September	41 90	41 90
Roggen ruhig			70er Sptbr.-Oktbr.	41 70	41 60
do. Septbr.-Oktbr.	171 25	170 75	70er Oktbr.Novbr.	38 20	38 —
do. April-Mai	160 75	160 50	50er loko o. Faß	— —	— —
Rüböl fester					
do. Septbr.-Oktbr.	64 80	64 60	**Hafer**		
do. April-Mai	59 20	58 50	do. Septbr.-Oktbr.	139 25	139 —

Kündigung in **Roggen** 200 Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) 30,000 Ltr., (50er) —,000 Liter.

Berlin, 11. Septbr. **Schluß-Course.**

		Not. v. 10.
Weizen pr. Septbr.-Oktbr.	188 25	187 50
do. April-Mai	190 75	190 —
Roggen pr. Sptbr.-Oktbr.	171 75	171 —
do. April-Mai	161 25	160 75
Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)		Not. v. 10.
do. 70er loko	42 80	42 40
do. 70er September	41 90	41 90
do. 70er Septbr.-Oktbr.	41 60	41 50
do. 70er Oktbr.-Novbr.	38 20	37 90
do. 70er Novbr.-Dezbr.	37 20	36 90
do. 50er loko	— —	— —

		Not. v. 10.			Not. v. 10.
Konsolidirte 4% Anl.	106 70	106 75	Poln. 5% Pfandbr.	75 —	70 90
„ 3½ „	99 90	99 90	Poln. Liquid.-Pfdbr	71 40	74 50
Pos. 4% Pfandbrf.	101 80	101 80	Ungar. 4% Goldrente	91 20	91 10
Pos. 3½% Pfandbr.	98 —	98 10	Ungar. 5% Papierr.	89 60	89 25
Pos. Rentenbriefe	103 25	103 20	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	175 75	174 75
Oestr. Banknoten	180 80	181 25	Oest. fr. Staatsb. ultimo	114 40	113 25
Oestr. Silberrente	80 10	80 —	Lombarden ultimo	68 25	68 50
Russ. Banknoten	258 90	256 —	**Fondsstimmung**		
Russ 4½% BdkrPfdbr	102 75	102 60	fest		

		Not. v. 10.			Not. v. 10.
Ostpr.Südb.E.S.A	103 40	103 10	Inowrazl.Steinsalz	50 —	47 —
MainzLudwighfdto	121 50	121 25	Ultimo:		
Marienb.Mlaw dto	70 75	71 —	Dux-Bodenb.Eisb A	244 75	242 50
Italienische Rente	95 60	95 50	Elbethalbahn „ „	107 25	107 —
Russ4%konsAnl1880	97 75	97 60	Galizier „ „	93 25	91 90
dto. zw. Orient.Anl.	81 40	81 30	Schweizer Ctr. „ „	170 75	171 30
dto.Präm.-Anl1866	175 25	172 25	Berl. Handelsgesell.	172 —	171 —
Rum. 6% Anl. 1880	102 75	102 60	Deutsche B. Akt.	168 75	169 —
Türk. 1% konf. Anl.	19 10	19 25	DiskontoKommand.	229 25	229 50
Pos.Spritfabr.B.A	— —	— —	Königs-u. Laurah.	157 25	155 75
Gruson Werke	162 50	160 90	Bochumer Gußstahl	171 50	170 50
Schwarzkopf	273 —	275 —	Russ. B. f. ausw. H.	84 —	83 60
Dortm.St.Pr.L.A.	95 60	95 25			

Nachbörse: Staatsbahn 114 50, **Kredit** 175 75, **Diskonto-Kommandit** 229 75.

Stettin, 11. Sept. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 10.			Not. v. 10.
Weizen unverändert			**Spiritus** behauptet		
September-Oktbr.	185 —	185 —	per loko 50 M. Abg.	60 80	60 80
Oktob.-Novemb.	184 50	184 —	„ „ 70 „ „	41 —	41 —
April-Mai	188 50	187 —	„ Sept.-Oktbr. „	39 50	39 50
Roggen fest			„ Nov.-Dezbr. „	36 20	36 20
September-Oktbr.	165 —	164 50	„ April-Mai „	37 —	37 —
Oktob.-Novemb.	163 —	163 —			
April-Mai	159 —	158 —	**Petroleum***)		
Rüböl ruhig			do. per loko	11 60	11 60
September-Oktbr.	62 20	62 50			
April-Mai	58 —	58 —			

*) **Petroleum** loco versteuert Usance 1¼ pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 10. September, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp i. Cels. Grad.
Mullaghmor.	769	SW 4	wolkig	13
Aberdeen	765	SW 1	wolkig	12
Christiansund	758	WSW 8	Regen	10
Kopenhagen	762	NW 3	Dunst	14
Stockholm	758	still	Regen	13
Haparanda	755	SW 2	bedeckt	13
Petersburg	759	NO 1	Nebel	12
Moskau	754	SO 2	bedeckt	15
Cork Queenst.	769	N 3	heiter	13
Cherbourg	767	S 1	wolkenlos	16
Helder	766	SW 1	wolkenlos	16
Sylt	764	WNW 1	Dunst	14
Hamburg	765	WNW 2	bedeckt	15
Swinemünde	763	WNW 2	Dunst	14
Neufahrwass.	761	NW 1	bedeckt	14
Memel	760	N 3	heiter	13
Paris	767	NO 1	wolkenlos	12
Münster	767	WSW 1	bedeckt	13
Karlsruhe	769	NO 1	heiter	11
Wiesbaden	768	still	heiter	12
München	770	SSW 4	heiter	9
Chemnitz	767	WSW 2	bedeckt	12
Berlin	765	still	Nebel	12
Wien	767	WNW 3	wolkenlos	12
Breslau	765	NW 1	bedeckt	9
Ile d'Aix	766	O 4	wolkenlos	15
Nizza	767	ONO 5	wolkig	17
Triest	769	O 1	wolkenlos	17

Uebersicht der Witterung.

Fast auf dem ganzen Gebiete hat der Luftdruck abgenommen, am stärksten über Schweden. In Deutschland dauert die ruhige Witterung ohne erhebliche Niederschläge und Wärmeänderung fort; vielfach ist Nebel eingetreten. An der deutschen Küste ist die Temperatur durchschnittlich normal, im Binnenlande liegt sie allenthalben noch unter der normalen. **Deutsche Seewarte.**

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10.	Septbr.	Mittags	1,28	Meter.
„ „ 11.	„	Morgens	1,32	„
„ „ 11.	„	Mittags	1,32	„

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.